

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 15

Artikel: Lateinamerikanische Uebersicht. Die Halbputschwerte
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095108>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerikanische Uebersicht

Die Halbputschwerte

Von Alphonse Max

In der lateinamerikanischen Entwicklung lagen die jüngsten Akzente wiederum bei Argentinien, Chile und Uruguay.

In Montevideo hat der Präsident gegen eine parlamentarische Demokratie geputscht, die sich zuvor von ihren systematischen Feinden bis zur Funktionsuntauglichkeit hatte abschleifen lassen.

In Chile hat ein Putschversuch von schon fast verdächtig manifester Untauglichkeit (er war so angelegt, dass er nur dem Regime Nutzen bringen konnte) der Regierung Gelegenheit gegeben, mit nationaler Empörung über die Putschisten die Aufmerksamkeit von den sozialen Missständen abzulenken; darüber hinaus kann der Vorfall als Alibi dienen, auch den millionenfach grösseren nichtputschenden Teil der Opposition als «gleichwertigen» Übeltäter mitzubestrafen.

In Argentinien hat der doch etwas vorzeitige Rücktritt der Präsidenten-Attrappe Campora bestätigt, dass im peronistischen Sammelsurium die Gegensätze schon in den gesellschaftspolitischen Grundvorstellungen so eklatant sind, dass keinerlei Besinnung auf eine nicht vorhandene Gemeinsamkeit mehr helfen kann. Nun soll plausiblerweise Peron selber zeigen, was der Peronismus zu sein hat. Aber ob der alte Diktator mit seinem eigenen Mythos heute zurechtkommt?

Argentinien

Wohin es bis zur Demission Camporas mit der früheren Aktionseinheit bereits gekommen war, wurde beispielsweise offensichtlich bei einer Rede, die der Guerillaführer Mario Roberto Santucho (Chef des trotzkistischen ERP, das noch vor nicht allzu langer Zeit Seite an Seite mit den peronistischen Guerillas agierte) im argentinischen Fernsehen hielt. Die offene Kampfansage an die Regierung Campora und die Mehrheitsbewegung hat der linksextremen Terrororganisation die Sympathie und Unterstützung bestimmter peronistischer Kreise, die sie zweifellos seit der Zeit des «Cordobazo» (die im Mai 1969 in Cordoba entfachte Terrorwelle, welche die Ablösung des Präsidenten zur Folge hatte) in gewissem Grade besass, entzogen und weitgehend ins Gegenteil verwandelt. Schon nach den blutigen Ereignissen am Flughafen von Ezeiza am Tage der Peron-Ankunft eine Woche vorher hatte der ehemalige Harvard-Student Santucho die Beteiligung seiner Organisation an dem Gemetzel mit folgender Begründung bestritten: Peron sei ein «bourgeois Politiker», mit dem das ERP nichts gemeinsam haben könne. Auf einer Massenkundgebung, die einberufen wurde, um diesem zu schmeicheln, habe eine klassenkämpferische Revolutionsbewegung wie die seinige nichts zu suchen.

Es ist festzuhalten, dass das ERP ebensowenig eine monolithische Bewegung ist wie der Peronismus. Es gibt heute mindestens drei verschiedene Organisationen mit der ERP-Bezeichnung: ERP, ERP-Fraccion Roja (Rote Abteilung) und ERP-22 de Agosto. Letzere wurde von dem ehemaligen Ultrarechten, dann Tupamaro, José (Joe) Baxter gegründet und wird heute vor allem vom Parteikommunisten und Gewerkschaftsleiter Agustin Tosco geleitet. Diese ERP-Gruppe sucht im Gegensatz zu Santucho trotz ihrer extrem marxistischen Grundeinstellung die gleiche Zusammenarbeit mit dem Peronismus wie sie Tosco auf gewerkschaftlichem Gebiet praktiziert und die wieder zugelassene kommunistische Par-

tei öffentlich proklamiert hat. Es war das ERP-22 de Agosto, welches das minutös geplante und fast gelungene Unternehmen in Gang setzte, den Aufmarsch in Ezeiza zur Ankunft Perons am 20. Juni in ein blutiges Chaos zu verwandeln, in dem nicht nur der Mythos Perons, sondern auch dieser selbst physisch untergehen sollte. Dies widerspricht freilich dem angeblichen Wunsch zur Zusammenarbeit mit den Peronisten, und es zeugt von der Verwirrung, die in der Führung selbst einer abgesplitterten Guerillafraktion herrscht.

In der zweiten Junihälfte fand in der argentinischen Stadt Mendoza der dritte Kongress arabischer Körperschaften in Argentinien statt. Eines der Hauptthemen war die Möglichkeit, dass die arabischen Staaten einen bedeutenden Teil ihrer 50 000 Millionen Dollar, die sich in den kommenden Jahren auf ungefähr 210 000 Millionen Dollar erhöhen werden, in Argentinien investieren. Geplant ist ferner die Gründung einer arabisch-argentinischen Bank mit Hauptsitz in Buenos Aires und Filialen in allen grösseren Städten des Landes, um die nötigen Transaktionen durchzuführen.

Es ist nicht zu übersehen, dass das arabische Interesse an Argentinien zeitlich mit dem Sieg des Peronismus übereinstimmt. In der Tat hat Peron während der langen Jahre seines spanischen Exils mit Hilfe seines Finanzberaters Jorge Antonio, eines Mannes libanesischen Ursprungs, sorgfältig die Beziehungen zu den arabischen Staaten gepflegt. Sobald das Ergebnis der Wahlen vom 11. März bekannt wurde, lancierte Peron das sogenannte «Operativo Mundo Arabes» (Operation Arabische Welt), das vier hauptsächliche Ziele anstrebt: 1. Zusammenarbeit zwischen Arabern und Argentinern in der Ausbeutung und Raffinierung von Rohöl in Argentinien; 2. grosse Kapitalanlagen arabischen Ursprungs innerhalb Argentinien; 3. bedeutende Verkäufe von argentinischem Getreide und Hammelfleisch an die Araber; 4. Ausfuhr von argentinischen Fabrikzeugnissen nach den Araberstaaten.

Chile

In Chile verschärft sich der Gegensatz zwischen Regierung und Opposition von Tag zu Tag. Darüber kann auch die energische Verurteilung der missglückten Militärrevolte einer Panzerabteilung durch die oppositionellen Parteien, die Präsident Allende ihrer Ergebenheit versicherten, nicht hinwegtäuschen. Die Opposition hat den Präsidenten gewarnt, nicht den Weg der Verfassungswidrigkeit zu beschreiten. Aufgrund des erfolgreichen Putsches hatte Allende nämlich bedeutende Mengen von Waffen unter das «Volk» verteilen lassen, einen Teil davon auch unter chilenische und ausländische extremistische Elemente.

Dem Präsidenten warfen die Leiter der Oppositionsparteien vor, versucht zu haben, die von beiden Kammern angenommene Verfassungsreform nur teilweise in Kraft zu setzen. Mit dieser Verfassungsreform wurde das Recht der Regierung, Betriebe zu verstaatlichen, beträchtlich eingeschränkt, und darüber hinaus Klarheit geschaffen über die Abgrenzung der Wirtschaftssektoren, die gegebenenfalls einer Beschlagnahme unterliegen dürfen. Ein anderer wichtiger Punkt der Reform war die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten von Privatbetrieben, was als ein geschickter psychologischer Schachzug betrachtet wurde, um der verhältnismässig grossen Popularität der Verstaatlichungen in den unteren Schichten der Bevölkerung Abbruch zu tun und gleichzeitig zu beweisen, dass es für Arbeiter vorteilhafter ist, bei Privatunternehmern angestellt zu sein, als beim Staat.

Ein aufgrund dieses Parlamentsbeschlusses seinerzeit erlassenes Regierungsdekret war von dem Allgemeinen Rechnungsamts der Nation als verfassungswidrig abgelehnt worden und ist daher nie in Kraft getreten. Das Rechnungsamts begründete die Ablehnung des Dekrets mit der Erklärung, dass der Präsident eine Volksbefragung durchführen hätte müssen, wenn er die vom Parlament beschlossene Verfassungsreform nicht genehmigen wollte. Da dies nicht geschah, hätte der Präsident die Pflicht gehabt, die vom

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616. Banken: Spar + Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank Frankfurt a. M. 78-2409

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Hans Erpf

Abonnementspreise

Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1.50)

Parlament angenommenen Reformen in Kraft zu setzen.

Uruguay

Der Präsidentenputsch in Uruguay kam wahrscheinlich nur für die Einheimischen als Ueber-raschung. Der ausländische Beobachter ahnte schon seit langem, dass es, so wie die Dinge standen (totaler Parlamentsboykott der Regierung, ständige Wirtschaftssabotage seitens der kommunistisch geleiteten Gewerkschaften), nicht weitergehen konnte und der Geduldsfaden des Staatschefs Bordaberry jeden Moment reissen würde.

Gewöhnlich werden in Lateinamerika die Staatsstreichs vom Militär durchgeführt, und ihr markantestes Opfer ist der Präsident. Uruguays Uhren schlugen anders — einmal mehr. Es war der Staatschef Bordaberry, der den Militärs die Anweisung gab, das Parlament und, kurz danach, auch die kommunistisch geleitete Gewerkschaftszentrale aufzulösen.

Der Entschluss des Präsidenten Bordaberry kam für die meisten seiner Landsleute eher überraschend, da sie das baskische Temperament dieses braven Familienmannes, Vater von acht und bald von neun Kindern, unterschätzt hatten. Es wurde allgemein angenommen, dass der profillose Bordaberry, der seinen Aufstieg gerade dieser Unscheinbarkeit verdankte, ein unkompliziertes Werkzeug entweder der Politiker oder der Generale werden würde. Man irrte sich. Weder noch. Als nämlich die Tupamaros ihre blutigsten Aktionen durchführten, rief Bordaberry das Militär, damit dieses die Terroristen erbarmungslos bekämpfe und zerschlage. Nachdem die Offiziere diesen Befehl einstweilen erfolgreich ausgeführt hatten, betrachteten sie sich als Retter der Nation, und ihr Machtappetit begann. Nun sah sich Bordaberry auf einem neuen Gebiet bedrängt: auf der einen Seite standen die ewigen Politikaster beider traditionellen Parteien Uruguays — Blancos und Colorados —, die sich stimmenmässig im Parlament die Waage hielten, immer weniger Arbeit leisteten und immer mehr Privilegien für sich forderten; auf der anderen die Generale, die, empört über die im Lande herrschenden Zustände, kurzen Prozess machen wollten.

Bordaberry spielte eine Zeitlang beide gegeneinander aus, ohne von den Vertretern dieser beiden Machtpole ganz ernst genommen zu werden. Nachdem er Anfang Februar erfolgreich die erste Krise überstanden hatte, reifte in ihm der Gedanke, Parlament und Kommunismus an die Kandare zu legen, indem er dem Heer die Mission übergab, die entsprechenden Pläne auszuarbeiten, um solch ein Unterfangen erfolgreich zu meistern.

Dreieinhalb Monate später war es soweit. Mit einer Unterschrift wurde das Parlament nach Hause geschickt und mit einer anderen die Führer der kommunistischen Gewerkschaften steckbrieflich gesucht. Bordaberry hat vorläufig auf der ganzen Linie gesiegt. Dass er dadurch notgedrungen unter den Druck der Generale gerät, stört ihn offenbar nicht, denn die Ziele des Heeres sind auch die seinigen: Säuberung des Staatsapparats und der Wirtschaft von Korruption und Sabotage.

Wie die Folgen dieses Putsches in Uruguay aussehen werden, kann nicht vorausgesagt werden; schliesslich fand der letzte Staatsstreich vor etwa

40 Jahren statt. Betroffen sind in erster Linie die 130 Mitglieder der beiden Kammern, die sich, soweit sie sonst keinen Beruf ausüben, eine neue Existenz schaffen müssen. (Die Mitglieder der ebenfalls aufgelösten Stadträte dienen unentgeltlich). Schlimmer wird es freilich den kommunistischen Funktionären in den Gewerkschaften ergehen. Diese «Berufsrevolutionäre», wie sie sich gern bezeichnen, werden nicht nur einer Arbeit nachgehen müssen, falls sie nicht ein Weiterwirken im Ausland vorziehen, sondern vor allem ihren Moskauer Protektoren (die uruguayische KP ist betont prosovjetsch) Rede und Antwort stehen müssen. Denn auch in Moskau war man offensichtlich völlig überrascht von den Ereignissen in Uruguay. Die Fehlinformation gründete auf Agentenberichte in Monte-

video; als Quittung sind Säuberungen im Parteiapparat zu erwarten.

Inzwischen hat die Regierung, um sich den Goodwill der Bevölkerung zu sichern, die Gehälter, Pensionen und Löhne erhöht und gleichzeitig die Preise einfrieren lassen. Die Zeche bezahlen die Landwirte, deren Steuern verdoppelt werden. Hiermit erreicht Bordaberry (der selbst ein mittlerer Gutsbesitzer ist) mit linker Taktik rechtsgerichtete Ziele. Das passt den Kommunisten natürlich erst recht nicht, denn sie tun immer so, als ob sie sämtliche sozialen Reformen gepachtet hätten.

So versucht Bordaberry aus der Not, ein Pufferstaat zu sein (wie es Uruguay nun einmal geopolitisch ist), eine Tugend zu machen.

Solschenizyns Weg in die Literatur

2

Das allerhöchste Imprimatur

Valerij Tarsis zur Entstehung des «Iwan Denissowitsch»

Wie kam es, dass Alexander Solschenizyn, heute unter den Vorzeichen des Neostalinismus ohnehin geächtet, wenigstens unter Chruschtschow vor zehn Jahren in der Sowjetunion seinen «Tag im Leben des Iwan Denissowitsch» veröffentlichen konnte? Auch im damaligen «Tauwetter» war das Anpacken des tabuisierten Lagerthemas alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Es bedurfte dazu der Zustimmung des Partei- und Regierungschefs, einer besonderen politischen Konstellation und nicht zuletzt der vorbehaltlosen Unterstützung durch Alexander Twardowskij, dem damaligen Chefredaktor von «Nowyj mir» und selbstlosen Förderer jener Literatur, die von der verlogenen Schablone wegzukommen suchte. Die Samisdat-Zeitschrift «Wetsche» brachte letztes Jahr Aufzeichnungen von Solschenizyns erster Frau, Natalja Reschetowskaja, die jetzt im Westen zugänglich geworden sind. Sie zeigen Solschenizyns Weg in die Literatur. Valerij Tarsis fährt hier mit seinem Bericht darüber fort. Zur Zeit der Jahreswende 1961/62 stand das Schicksal der Novelle noch völlig offen. Die ganze «Nowyj mir»-Redaktion war von ihr begeistert, glaubte aber nicht eigentlich an eine Genehmigung durch die Zensur.

Solschenizyn zweifelte auch daran, dass man den «Iwan Denissowitsch» veröffentlichen werde, ungeachtet der begeisterten Beurteilung durch Twardowskij, des Vertrags und des Vorschusses von 1000 Rubeln — für ihn eine kolossale Summe. Er schrieb seinem Freund Kopelew: «Die Redaktion hat die Absicht, es zu drucken, aber die Chancen dafür sind gering, es hängt nicht von ihr ab.»

Ueber Twardowskij schrieb Solschenizyn am 18. Januar 1962 an Subow: «Von Alexander Trifonowitsch hängt bei weitem nicht alles ab, denn alles, was von ihm abhing, hat er getan.»

Zunächst Handabschriften und Photokopien — also Samisdat

Solschenizyn traute den Behörden nicht. Die Reschetowskaja drückt das so aus: «Jetzt, da er aus dem ‚Untergrund‘ hervorgetreten war, musste man daran denken, die Manuskripte noch irgendwo ausser Hauses aufzubewahren.»

Er fuhr hie und da nach Moskau. Und endlich kaufte sich Solschenizyn dort einen anständigen grauen Anzug — bis dahin war er anscheinend wie die meisten Sowjetmenschen mit abgetragenen Kleidern zufrieden gewesen. Auf die Redak-

tion des «Nowyj mir» brachte er die Erzählung «Matrjonin dwor», die im Manuskript hiess «Ein Dorf kann nicht ohne Gerechten bestehen». Vielsagend ist Twardowskij's Beurteilung: «Der Erzähler ist mitfühlend, nicht verbittert, hat das Interesse für das Leben nicht verloren... Aber allzu christlich seine Einstellung dazu.» Und zum Abschluss die Worte: «Werden Sie bloss nicht politisch abgestanden, ich bitte Sie!»

Der Redaktion gefiel die Erzählung sehr, aber fast alle waren überzeugt, dass die Zensur sie verbieten würde. Vorderhand war ja auch die erste Novelle noch nicht publiziert. Eine Redaktorin sagte zu Solschenizyn: «Wenn ich dafür, dass der ‚Iwan Denissowitsch‘ veröffentlicht wird, meine Karriere opfern müsste — ich täte es.»

Die Monate vergingen. Aus Moskau keinerlei aufmunternde Nachricht. Solschenizyn arbeitete weiterhin in der Schule, widmete indessen seine ganze freie Zeit der Arbeit am «Ersten Kreis». Er schrieb den Roman schon zum sechsten Mal um.

Unterdessen liess man im «Nowyj mir» wie üblich das Manuskript des «Iwan Denissowitsch»